

# Sparda-Bank Berlin eG Geschäftsjahr 2025

**Sparda-Bank**

**Berlin**



# Inhalt

- 04 – Lagebericht**
- 15 – Bericht des Aufsichtsrats**
- 16 – Jahresbilanz**
- 18 – Gewinn- und Verlustrechnung**
- 19 – Anhang**
- 27 – Anlage**
- 28 – Bestätigungsvermerk**

# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Sparda-Bank Berlin eG

## 1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Berlin eG wurde am 22.05.1990 in Berlin gegründet. Sie ist ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes in Form einer eingetragenen Genossenschaft. Der Geschäftsbetrieb umfasst Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen nach § 32 KWG.

Für uns als Genossenschaftsbank steht die Förderung unserer Mitglieder im Vordergrund.

Das Kerngeschäftsgebiet erstreckt sich über die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. An 56 Standorten und 17 Selbstbedienstungen sowie über umfangreiche direkte, telefonische und digitale Kommunikationswege haben wir den Anspruch eines ganzheitlichen Privatkundenbankings für, mit und von Menschen. Unsere Bank hat den Fokus insbesondere darauf gelegt, den Kundinnen und Kunden ein attraktives Angebot rund um das Girokonto zu bieten.

Die Organe unserer Bank sind die Vertreterversammlung (184 Vertreter), der Aufsichtsrat (zwölf Mitglieder, davon vier Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter) und der Vorstand (zwei Vorstandsmitglieder).

## 2 Wirtschaftliche Entwicklungen

### 2.1 Konjunktur in Deutschland

#### Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2%, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9% bzw. 0,5% gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um 5,9% verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2% und damit in gleichem Maße wie 2024.

#### Globale und inländische Faktoren verhindern Erholung

Zwar hat sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten, u.a. verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik, und anhaltenden inländischen Strukturproblemen, wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, dämpfte die Konjunktur. Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

#### Weiter steigende Konsumausgaben

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,4% etwas stärker zu als 2024 (+0,5%), auch wegen nachlassender Inflations Sorgen. Angesichts der hohen Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung entfaltete das Ausgabenwachstum dennoch nur wenig Dynamik. Schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze wirkten ebenfalls dämpfend auf den Privatverbrauch.

#### Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleistungen merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 auf knapp 46,0 Mio. Menschen. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Mio. im Vorjahr auf etwa 2,9 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3%.

## 2.2 Finanzmärkte

### Positive Entwicklung der Finanzmärkte trotz hoher politischer Unsicherheiten und erhöhter Volatilität

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang regierenden US-Administration, die u. a. durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund erhöhter Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten.

### Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) wartete mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen.

### Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichener Inflationausblick. Im Euroraum liegt die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflation, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erweist sich weiterhin als hartnäckig. Im Jahresverlauf 2025 liegt diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich, bei 2,4 %. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Damit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig etwa 2 % erreicht werden.

### Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das Jahr 2025 mit einem Zinsniveau der geldpolitisch relevanten Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität lag

entsprechend bei 3,15 % und der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,4 %. Nach Zinssenkungen im Laufe des Jahres beließ der EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinanzierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit liegt der Zins für die Einlagefazilität im von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 bis 2,25 %.

### Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Geldpolitik, Inflations- und Zinserwartungen wirkten sich im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse aus. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen und nachhaltigen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führen. In Folge kam es auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich bei etwa 2,7 % einpendelte. Dort verblieb sie mit geringen Schwankungen über den weiteren Jahresverlauf und schloss das Jahr bei 2,85 % ab.

### Renditestruktur am Anleihemarkt bleibt aufwärtsgerichtet

Die Zinsstrukturkurve verläuft, gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren, weiterhin normal steigend. Auch am Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge, so notieren 30-jährige Papiere in Deutschland etwa 60 Basispunkte über 10-jährigen.

### DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren, wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

## 3 Geschäftliche Entwicklung der Sparda-Bank Berlin eG

### 3.1 Wesentliche Bilanzgrößen

Bilanz	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	7.719.255	7.418.977	300.278	4,0

Die Bilanzsumme unserer Bank erhöhte sich im Geschäftsjahr um 4,0% auf 7,7 Mrd. EUR. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem organischen Wachstum unseres Passivkundengeschäfts.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	1.775.112	1.932.537	-157.425	-8,1
Forderungen an Kreditinstitute	1.118.334	1.163.447	-45.113	-3,9
Wertpapiere	4.704.693	4.190.188	514.505	12,3

Die Geschäftsentwicklung im Kundenkreditgeschäft verlief im Jahr 2025 weiter rückläufig. Die Kundenforderungen verringerten sich um 8,1%, was sich insbesondere auf unsere seit 2020 restriktivere Kreditvergabepolitik zurückführen lässt. Für das Folgejahr gehen wir aufgrund ansteigender Kreditvergaben von einem Bestandserhalt aus.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Geschäftsjahr um 3,9%. Die Veränderung ergab sich lediglich aus einer Umschichtung zu den Wertpapieren.

Der Wertpapierbestand erhöhte sich um 12,3% auf 4,7 Mrd. EUR. Im Geschäftsjahr 2025 konnte weiterhin Liquidität in neue Wertpapiere, insbesondere in Wertpapiere der genossenschaftlichen Zentralbank, angelegt werden. Den Schwerpunkt der Wertpapieranlagen bildeten unverändert Anlageklassen bester Bonität. Dies waren überwiegend Pfandbriefe und Covered Bonds von Emittenten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland sowie Ländern der Europäischen Union. Um potenzielle Risiken aus Bonitätsveränderungen von Emittenten weiter zu reduzieren, wurden Risikokonzentrationen durch eine breite Diversifikation über Länder und Emittenten vermieden. Vorhandene Wertminderungen waren vorübergehender Natur und werden spätestens bei Fälligkeit der Wertpapiere ausgeglichen. Die Wertpapiere wurden in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet und verzeichneten keine Zahlungsstörungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,1% auf 7 Mrd. EUR.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Spareinlagen	847.614	942.982	-95.368	-10,1
Andere Einlagen	6.169.670	5.735.293	434.377	7,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	77.594	105.530	-27.936	-26,5

Die anderen Einlagen erhöhten sich in diesem Jahr um 434,4 Mio. EUR bzw. 7,6%. Der Anstieg resultierte aus der Neueröffnung von Girokonten, Bestandzuwachs auf bestehenden Kundenkonten sowie Umschichtungen von Sparkonten auf Giro- und Tagesgeldkonten. Dementsprechend verzeichneten die Spareinlagen einen Rückgang um 95,4 Mio. EUR bzw. 10,1%.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 26,5%.

### 3.2 Außerbilanzielle Geschäfte

Derivative Geschäfte mit einem Bestand von 1,83 Mrd. EUR (Vorjahr 2,14 Mrd. EUR) dienen zum Bilanzstichtag der Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Für Swaps der Aktiv-Passiv-Steuerung wurde die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung anhand der Auswirkung auf das allgemeine Zinsänderungsrisiko des gesamten Zinsbuches nachgewiesen. Unsere Bank hat die sogenannte verlustfreie Zinsbuchbewertung, unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise, umgesetzt. Ein Verpflichtungsüberschuss hat sich zum Bilanzstichtag nicht ergeben.

### 3.3 Dienstleistungsgeschäfte

Der Provisionsertrag reduzierte sich leicht gegenüber dem Vorjahr um 0,9% auf 51,9 Mio. EUR.

Dienstleistungsgeschäfte	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Zahlungsverkehr	29.902	30.784	-882	-2,9
Vermittlungserträge	21.935	21.504	431	2,0

Zu den Erträgen aus Zahlungsverkehr zählten 18,7 Mio. EUR Kontoführungsgebühren sowie 11,2 Mio. EUR sonstige Gebühren für bankindividuelle Dienstleistungen. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft um 2,0% auf 21,9 Mio. EUR verbessert und stellen damit einen wesentlichen Teil der Provisionserträge dar.

Die Aufwendungen für Provisionen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich aufgrund gestiegener Vermittleraufwendungen um 0,2 Mio. EUR bzw. 4,3 % auf 5,8 Mio. EUR.

Im Ergebnis sank der Provisionsüberschuss um 1,5 % auf 46,0 Mio. EUR.

Die Provisionsergebnisse im Verbundgeschäft liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres und insgesamt annähernd auf Planniveau.

Bei unserem Verbundpartner Union Investment konnte das Bestandsvolumen trotz eines negativen Nettoabsatzergebnisses im Jahr 2025 vor dem Hintergrund einer überwiegend positiven Marktentwicklung gesteigert werden. Die Provisionserträge wurden durch den bereits in den vergangenen Jahren konsequenten Aufbau von Bestandsertragsbestandteilen und Portfoliolösungen ebenfalls weiter ausgebaut und liegen im Jahr 2025 über dem Planniveau.

Auch beim Verbundpartner DEVK konnten die Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, was maßgeblich auf eine Steigerung der Vertriebsergebnisse durch die DEVK-Bankbetreuer des integrierten Vertriebs zurückzuführen ist.

Die Absätze im Bauspargeschäft lagen unter dem Niveau des Vorjahres, sodass die Provisionserträge mit der Bausparkasse Schwäbisch Hall entsprechend geringer ausfielen und zum Jahresende unter Plan liegen.

Im Konsumentenkreditgeschäft entwickelte sich der Absatz des Verbundproduktes easyCredit der TeamBank AG im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

### 3.4 Personal- und Sozialbereich

Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich 2025 im Durchschnitt auf 614 Vollzeitbeschäftigte, 173 Teilzeitbeschäftigte und 52 Auszubildende. Die durchschnittliche Mitarbeiterkapazität (MAK) betrug 706 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (674 MAK) gestiegen. Zum Stichtag 31.12.2025 waren in unserer Bank insgesamt 847 Mitarbeitende beschäftigt.

Die Aus- und Fortbildungsaufwendungen betrugen 931,0 TEUR (Vorjahr 871,7 TEUR). Diese setzen sich zusammen aus den Aus- und Fortbildungskosten sowie den Fahrt- und Reisekosten anlässlich der Aus- und Fortbildungsveranstaltungen. Die Aus- und Fortbildungskosten ergeben sich maßgeblich aus regulatorisch erforderlichen Weiterbildungen und Zertifizierungen, Maßnahmen der Führungskräfteentwicklung, Begleitung von Veränderungsthemen, der finanziellen Beteiligung an nebenberuflichen Fortbildungen und Hochschulstudiengängen im Rahmen des Talentmanagements sowie der Weiterentwicklung der Quereinsteigenden. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg

der Kosten für Aus- und Weiterbildung um rund 7 % mit den erhöhten Investitionen in den Aufbau von Fachexpertise sowie in die Begleitung von Veränderungsprozessen der Bank, insbesondere den damit in Verbindung stehenden Führungskräfteentwicklungen, zu begründen. Zusätzlich waren Kosten für die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von den inflationären Entwicklungen betroffen.

## 4 Lage der Sparda-Bank Berlin eG

### 4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss	124.051	127.743	-3.692	-2,9
Provisionsüberschuss	46.029	46.731	-702	-1,5
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	59.146	57.919	1.227	2,1
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	62.739	56.899	5.840	10,3
Bewertungsergebnis	-12.907	-18.943	6.036	-31,9
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	35.713	44.455	-8.742	-19,7
Jahresüberschuss	4.550	4.761	-211	-4,4

Der Zinsüberschuss verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 % auf 124,1 Mio. EUR. Die Reduzierung begründet sich im Wesentlichen aus dem rückläufigen Zinsniveau und den daraus resultierend verringerten Zinserträgen aus den Forderungen an Kreditinstitute.

Der Provisionsüberschuss erreichte 46,0 Mio. EUR und lag mit 0,7 Mio. EUR 1,5 % unter dem Ergebnis des Vorjahres.

In Summe reduzierten sich die Bruttoerträge im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Mio. EUR auf 170,1 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang des Zinsüberschusses zurückzuführen.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen ebenso im Vergleich zum Vorjahr an. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand um 2,1 % und die anderen Verwaltungsaufwendungen nahmen aufgrund Investitionen in unsere in unsere Markenbekanntheit um 10,3 % zu.

Das Bewertungsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 20,2 Mio. EUR und entfielen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 % auf 4,6 Mio. EUR.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) betrug zum Bilanzstichtag 0,06 %.

#### 4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der CRR (Capital Requirements Regulation) wurden im Berichtsjahr zu jeder Zeit eingehalten. Die Zahlungsfähigkeit der Bank war stets gegeben. Die vorhandenen liquiden Mittel bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

Die LCR (Liquidity Coverage Ratio) betrug zum Bilanzstichtag 1.402 % (Vorjahr 1.223 %). Im Vergleich mit anderen Banken des Sparda-Verbandes konnte unsere Bank eine überdurchschnittliche Liquiditätsausstattung aufweisen.

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen.

#### 4.3 Vermögenslage

Unsere Bank ist mit 407.760 Teilhabern zum Stichtag eine der mitgliederstärksten Genossenschaftsbanken Deutschlands.

Das Kapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	234.209	244.872	-10.663	-4,4
Rücklagen	114.370	113.853	517	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	112.000	101.000	11.000	10,9

Das gezeichnete Kapital verzeichnete eine Reduzierung der Geschäftsguthaben der Mitglieder um 4,4 %. Der Rückgang ist zum großen Teil auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Die Rücklagen stiegen leicht um 0,5 %. Darüber hinaus hält unsere Bank einen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 112,0 Mio. EUR. Die Zuführung von 11,0 Mio. EUR zum Fonds für allgemeine Bankrisiken stabilisiert die Eigenmittelausstattung unserer Bank.

Die Eigenkapitalausstattung entspricht den gesetzlichen Anforderungen und erlaubt in den strategischen Geschäftsfeldern stetiges Wachstum.

Die Kapitalbasis der Bank konnte im Geschäftsjahr 2025 abermals gestärkt werden und erreichte den höchsten Stand seit Bestehen der Bank.

Die Gesamtkapitalquote der Bank beläuft sich auf 21,4 % (Vorjahr 20,3 %). Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote betragen 20,1 % (Vorjahr 18,7 %). Damit wurden die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestgrößen jederzeit erfüllt. Unter den Sparda-Banken liegen wir mit unserer Kapitalausstattung über dem Durchschnitt.

Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik unserer Bank. Wir erwarten daher tendenziell positive Entwicklungen der Gesamt- und Kernkapitalquote.

#### 4.4 Zusammenfassende Beurteilung der Lage der Bank

Das Ergebnis unserer Bank konnte trotz rückläufigem Zinsniveau im Jahr 2025 insgesamt stabil gehalten werden.

In diesem Zusammenhang wurden liquide Mittel zu den Wertpapieren umgeschichtet, wodurch das Zinsergebnis des Geschäftsjahres dem Trend der Vorjahre nicht folgen konnte. Die Umschichtung zu im Vergleich höher verzinsten Wertpapieren wird sich in den Folgejahren positiv auf das Zinsergebnis auswirken. Darüber hinaus wurde aufgrund geschäftspolitischer Entscheidungen eine im Vergleich zur Planung geringere anteilige Ausschüttung der ordentlichen Nettoerträge aus Spezialfonds vorgenommen. Diese Maßnahme führt zu einem unter dem Plan liegenden Zinsergebnis, trägt jedoch zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Kurswerte in den Fondsanlagen bei. Das höhere Provisionsergebnis und der niedrigere Verwaltungsaufwand führten zu einem den Plan übertreffenden Teilbetriebsergebnis. Im Vergleich zur Planung erhöhte sich das Betriebsergebnis sowohl vor als auch nach Bewertung.

Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wurde durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. In den Wertpapieren des Anlagevermögens bestanden Wertminderungen, die weiterhin als vorübergehend eingestuft werden.

Die Kapitalausstattung und die Kapitalreserven wurden 2025 ein weiteres Mal gestärkt. Damit erreicht unsere Bank das elfte Jahr in Folge die höchste Kapitalausstattung seit ihrem Bestehen.

Mit einem Jahresüberschuss von 4,6 Mio. EUR kann die Dividende im Vergleich zum Vorjahr mit 1,75 % konstant gehalten werden.

Insgesamt ist die Ertragslage als zufriedenstellend zu bewerten, während die Finanz- und Vermögenslage geordnet sind.

---

## 5 Erklärung zur Unternehmensführung

### Zielgrößen zur Frauenbeteiligung

Der Vorstand beschloss im Geschäftsjahr 2022 gemäß § 9 Abs. 3 GenG Zielgrößen für die Besetzung der ersten und zweiten Führungsebene mit Frauen. Auf beiden Führungsebenen wird eine Geschlechterverteilung von jeweils 50 % angestrebt. Die Zielerreichungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2027 (Bezugszeitraum).

Zum Bilanzstichtag betrug der Anteil der Frauen in der ersten Führungsebene 67 % und in der zweiten Führungsebene 69 %.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats hatten für die Besetzung des Aufsichtsrats mit Frauen eine Zielgröße von 25 % festgelegt, für die Besetzung des Vorstandes mit Frauen eine Zielgröße von 0 %. Die Zielerreichungen sind maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30.06.2027 (Bezugszeitraum).

Zum Bilanzstichtag betrug die Frauenquote im Aufsichtsrat 25 %.

Bei der Festlegung der Besetzung des Vorstandes wurden gesellschaftspolitische, soziale, rechtliche und unternehmerische Argumente sorgfältig vom Aufsichtsrat abgewogen. In unserer Bank ist Vielfalt in den Werten wie auch in der Gesamt- und insbesondere Personalstrategie als Ziel und Erfolgskriterium verankert. Das soll sich hinsichtlich der Geschlechterverteilung langfristig auch in einer ausgewogenen Besetzung aller Führungsebenen widerspiegeln. Um dem Rechnung zu tragen, wird im Rahmen von Besetzungsentscheidungen neben dem Bildungshintergrund, dem beruflichen Hintergrund und dem Alter auch das Geschlecht angemessen berücksichtigt. Für die Ebene des Vorstandes ist mit Blick auf ihre Größe und Struktur Vielfalt schwerer realisierbar als bei anderen Führungsebenen. Für die Zielgrößen-Festlegung im Bezugszeitraum war daher Kontinuität bei der Besetzung des Vorstandes und damit für die Geschäftsführung unserer Bank letztlich ausschlaggebend.

---

## 6 Nichtfinanzielle Erklärung (Nachhaltigkeitsbericht)

Neben dem Lagebericht veröffentlichte unsere Bank jedes Jahr eine nichtfinanzielle Erklärung. Die Berichterstattung

erfolgte auf Basis des § 289 b HGB gemäß den Vorgaben des CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes (CSR-RUG). Als inhaltlichen Rahmen haben wir hierfür den Voluntary Sustainability Reporting Standard for SMEs (VSME-Standard) der EFRAG angewandt. Dieser Standard gewährleistet eine strukturierte Darstellung der wesentlichen Nachhaltigkeitsaspekte in den Bereichen Umwelt-, Arbeitnehmer- und Sozialbelange sowie Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Durch die Anwendung des VSME-Standards stellen wir eine verständliche und vergleichbare Dokumentation sicher, die den geänderten regulatorischen Rahmenbedingungen angepasst ist. Die Bank unterliegt aufgrund der beschlossenen Anhebung der Größenschwellen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (Omnibusverfahren zur CSRD) und des Unterschreitens dieser, nicht der zukünftigen CSRD-Berichtspflicht.

Es werden keine Tätigkeiten in Verbindung mit Wirtschaftstätigkeiten geltend gemacht, die im Sinne der Artikel 3 und 9 der Verordnung (EU) 2020/852 (Taxonomie-Verordnung) als ökologisch nachhaltig gelten.

Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung wird zusammen mit dem Lagebericht im Unternehmensregister offengelegt. Darüber hinaus ist der Bericht auf der Website unserer Bank veröffentlicht.

---

## 7 Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

### 7.1 Risikomanagement

Unsere Bank hat auf Grundlage der MaRisk angemessene Risikosteuerungsprozesse eingerichtet, die eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der definierten wesentlichen Risiken gewährleisten. Diese Prozesse sind in die Gesamtbanksteuerung eingebunden. Grundlage der Gesamtbanksteuerung und der Risikoneigung ist insbesondere die von der Geschäftsleitung festgelegte Kapital- und Risikostrategie der Bank.

Die Risikosteuerungsprozesse gewährleisten, dass Risikopotenzen aus den als wesentlich definierten Risiken frühzeitig erkannt werden. Hierzu wird mindestens jährlich, darüber hinaus im Bedarfsfall anlassbezogen, eine Risikoinventur durchgeführt. Die Risikoaggregation der als wesentlich definierten und in der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken erfolgt additiv. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risiken werden regelmäßig Stresstests in Form risikoartenspezifischer Sensitivitätsanalysen sowie risikoartenübergreifender Szenariobetrachtungen simuliert und deren Ergebnisse ausgewertet. Dabei werden Ertrags-

und Risikokonzentrationen sowie Einflüsse aus Nachhaltigkeitsrisiken (ESG-Risikofaktoren) berücksichtigt.

Im Einklang mit aufsichtlichen Festlegungen hat unsere Bank die implementierten Risikomesssysteme validiert und sie als ganzheitlichen, risikoartenübergreifenden Impulsgeber weiterentwickelt. Der Vorstand wird turnusmäßig über die Risikosituation, induzierte Frühwarnsignale und die Ergebnisse der Stresstests informiert. Die Berichterstattung erfolgt darüber hinaus an alle steuerungsrelevanten Bereiche der Bank und den Aufsichtsrat.

Grundlage des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit. Diese verfolgt das Ziel der langfristigen Sicherung der Substanz, des Schutzes der Gläubiger vor Verlusten und der Fortführung des Instituts. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt in Anlehnung an richtunggebende aufsichtliche Verlautbarungen aus barwertiger Sicht in der ökonomischen Perspektive und aus einer periodischen, aufsichtlichen Betrachtung in der normativen Perspektive.

Das zum Bilanzstichtag eingesetzte Risikokapital (Limitvergabe) betrug 450 Mio. EUR im Rahmen der ökonomischen Perspektive.

Das Risikomanagement beinhaltet darüber hinaus ein Monitoring stiller Lasten und Reserven auf Wertpapiere des Depot A sowie Zinsswaps der Aktiv-Passiv-Steuerung.

## 7.2 Kreditrisiken

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Kapital- und Risikostrategie unserer Bank. Die Kreditvergabe wird konzeptionell durch die von der parIC bereitgestellten Verfahren zur Bonitätseinschätzung (VR-Ratingverfahren) begleitet. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts sowie des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Kundenkreditgeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt.

Die Kreditnehmer-, Größen- und Sicherheitenstrukturen des Kreditbestandes sind vor allem aufgrund der hohen Granularität des Kundenkreditgeschäfts als positiv einzuschätzen. Der Schwerpunkt im Kreditbestand liegt im Privatkundengeschäft. Das Kundenkreditvolumen ist zum Großteil grundpfandrechlich besichert, sodass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus limitiert die Kreditrichtlinie neue unbesicherte Kreditanteile sehr restriktiv, sodass eine hohe Qualität im Portfolio vorliegt.

Die Kreditrisiken bei den Wertpapiereigenanlagen werden über Ratinginformationen sowie zusätzliche qualitative

Einschätzungen gesteuert. Ferner werden Ad-hoc-Mitteilungen der Emittenten selbst sowie Studien externer Ratingagenturen hinzugezogen. Die Einschätzungen unserer Bank werden turnusmäßig aktualisiert.

Möglichen Kreditrisiken in den Wertpapieranlagen begegnet unsere Bank grundsätzlich dadurch, dass ausschließlich Papiere mit einem Investmentgrade-Rating in den Bestand genommen werden. Von hoher Bedeutung sind dabei die zum Zeitpunkt des Erwerbs gegebene Liquidität der Anleihen und die Bonität der Schuldner. Zusätzlich zum Rating wird auf eine angemessene Diversifikation zwischen Emittenten einerseits und Herkunftsländern andererseits geachtet und durch ein Struktur- und Einzelnamenlimitsystem operationalisiert.

Auf Gesamtbankebene werden die unerwarteten Kreditrisiken für das Kundenkreditgeschäft in der ökonomischen Perspektive mit einem analytischen Modell gemessen. Die Messung für die Wertpapieranlagen umfasst je nach definiertem Teilportfolio neben dem Ausfallrisiko auch Migrationsrisiken und Risiken aus Credit-Spread-Volatilitäten. Die Messung erfolgt in einem Simulationsmodell auf einem Konfidenzniveau von 99,9%. Bei der Messung werden auch Konzentrationsrisiken berücksichtigt. In der normativen Perspektive werden die aufsichtlich geforderten Risikobeträge angesetzt (Kreditrisiko-Standardansatz). In adversen Szenarien (z. B. schwerer konjunktureller Abschwung) werden darüber hinaus widrige Entwicklungen wie z. B. Ratingverschlechterungen unterstellt.

## 7.3 Marktrisiken

Unsere Bank geht Marktrisiken im Bereich Zinsen ein. Es gibt keine direkten Investments in Fremdwährungen.

Marktrisiken bestehen für unsere Bank in den zinsabhängigen Geschäften. Dabei wird in der Steuerung des Zinsbuchs zwischen der Absicherung des Kundengeschäfts sowie des sonstigen Geschäfts unterschieden. Ein Teilportfolio des Zinsbuchs dient der Absicherung der im Kundengeschäft vereinnahmten Margen gegen Zinsänderungsrisiken. In einem weiteren Teil werden Marktrisiken zur Erzielung von Überrenditen eingegangen (Asset-Allokation). Die gewählte Asset-Allokation unterstützt die Vermeidung einseitiger Risikoausprägungen durch eine Diversifikation der Anlagen. Es ist sichergestellt, dass Eigengeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden.

Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 4 Abs. 86 CRR unterhält unsere Bank nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Art. 94 CRR. Auch im Rahmen dieser Bagatellgrenzen wurden 2025 keine Umsätze getätigt.

Auf Gesamtbankebene werden die Zinsrisiken in der ökonomischen Perspektive mit einem Value-at-Risk-Verfahren (historische Simulation) gemessen. Die wertorientierte Mes-

sung erfolgt unter Verwendung des Quantilwerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9%. In der normativen Perspektive werden in adversen Szenarien die periodischen Auswirkungen von Zinsszenarien im Planungshorizont simuliert.

#### 7.4 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine gemessen an der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl ausreichende Liquiditätsvorsorge, sodass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben.

Die Anforderungen der BaFin hinsichtlich der Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute werden stets übererfüllt. Unsere Bank ist in die Genossenschaftliche FinanzGruppe eingebunden, sodass darüber hinaus die Liquiditätsvorsorge jederzeit gewährleistet ist.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken werden im Rahmen von turnusmäßigen Liquiditätsstresstests, einem implementierten Liquiditätsmanagement, eingerichteten Notfallplänen und der Überwachung aufsichtlicher Liquiditätskennzahlen gesteuert. Hierunter subsumiert unsere Bank auch den liquiditätsrisikoinduzierten Teil der Reputationsrisiken. Für den Liquiditätsnotfall notwendige technische und prozessuale Vorkehrungen wurden getroffen.

Unsere Bank verfügt über ein System zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten und -nutzen. Der gewählte methodische Ansatz berücksichtigt hierbei den Komplexitätsgrad der eigenen Geschäftsaktivitäten.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung aus ökonomischer Perspektive werden potenzielle, in einem angenommenen Risikoszenario eintretende höhere Wiedereindeckungskosten (Refinanzierungskostenrisiko) als anzurechnender Risikobetrag berücksichtigt.

#### 7.5 Operationelle Risiken

Neben den Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken überwacht unsere Bank auch operationelle Risiken (u. a. IKT-Risiko, Verhaltensrisiko, Compliance-Risiko, Rechtsrisiko). Auftretende und potenzielle Schäden werden in einer Schadenfalldatenbank erfasst.

In der internen Risikotragfähigkeitsrechnung werden operationelle Risiken mittels eines Value-at-Risk-Verfahrens zur Quantifizierung des Risikobetrages berücksichtigt. Die Messung erfolgt in der ökonomischen Perspektive unter Verwendung des Quantilwerts auf einem Konfidenzniveau von 99,9%. In der normativen Perspektive wird die aufsichtliche Eigenmittelanforderung aus dem Standardansatz berücksichtigt und für den Planungshorizont geplant.

#### 7.6 Beteiligungsrisiko

Neben Beteiligungen innerhalb des genossenschaftlichen Verbunds stärkt unsere Bank die Erträge durch Beimischung von Private-Equity- und Mezzanine-Dachfonds zum Portfolio.

Darüber hinaus besteht mit der Tochtergesellschaft Ostwerk GmbH ein Netzwerkpartner, der als strategische Beteiligung zu verstehen ist und die langfristige Markenarbeit der Sparda-Bank Berlin eG unterstützen soll.

Die ökonomischen Risiken werden mit einem Multiplikator-Ansatz gemessen, d. h. dass sich die Risikokennzahlen (Value at Risk 99,9%) jeder Beteiligung durch Multiplikation des aktuellen Vermögensbarwerts mit geeigneten Faktoren ableiten lassen.

In der normativen Perspektive werden die Beteiligungsrisiken in der jeweiligen Risikopositionsklasse bewertet und zusätzlich in adversen Szenarien betrachtet.

#### 7.7 Immobilienfondsrisiko

Bestandteil des Portfolios unserer Bank ist ein Immobilien-Dachfonds. Das daraus resultierende Immobilien-Fondsrisiko entsteht aus einer nachteiligen Entwicklung des darunterliegenden Objektwerts und der Erträge von Immobilien-Fondspositionen in Bezug auf ihren aktuellen Vermögenswert.

Die durchgeführten Handlungen für Immobilienfonds zur Bestimmung eines qualitativen Risikoabschlags können in vier unterschiedliche Betrachtungsweisen unterteilt werden, die in zunehmendem Maße auf die Bestandteile der Fonds eingehen. Die Methodik beinhaltet die Analyse von historischen Immobilienzeitreihen, Analysen auf Grundlage historischer Wertentwicklungen der Fonds, eine Analyse der Wertentwicklung innerhalb des Fonds sowie eine in Abstimmung mit der Fondsgesellschaft durchgeführte Szenarioanalyse.

#### 7.8 Strategisches und Geschäftsrisiko

Im Hinblick auf die geschäftspolitische Ausrichtung unserer Bank stellen vertriebliche Verfehlungen eine wesentliche Risikoart dar, in der sich auch strategische Risiken sowie Reputationsrisiken realisieren können. Unerwartet ausbleibende vertriebliche Erfolge finden in adversen Szenarien der normativen Perspektive durch die Annahme alternativer Absatzvolumina Berücksichtigung.

Unsere Bank steuert diese Risiken durch eine eigenständige zentrale Organisationseinheit – die Vertriebssteuerung. Das Reporting erfolgt turnusmäßig in den relevanten Gremien. Ertragskonzentrationen aus dem Privatkundengeschäft werden im Stresstest bzw. im adversen Szenario berücksichtigt.

## 7.9 Modellrisiken

Ausgehend von einer bankweiten Modellinventur klassifiziert unsere Bank die verwendeten Risikomodelle hinsichtlich der Kriterien Einfachheit, Transparenz und Konservativität (ETK). Auf der Grundlage von Modellannahmen und -grenzen sowie inhärenten Modellschwächen werden qualitative und quantitative Bewertungen vorgenommen. Das in der Risikotragfähigkeit berücksichtigte Modellrisiko entspricht der Summe der Einzelrisiken je relevantes Risikomodell. Der Risikobeitrag findet in der normativen Perspektive in den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) Eingang.

## 7.10 Globale Einflussfaktoren

Unsere Bank hat in ihrem institutsspezifischen Risikouniversum drei globale Einflussfaktoren definiert. Diese bezeichnen wesentliche Risikotreiber, die in fast allen Risikoarten wirken. Neben der Risikoinventur werden diese vor allem in Szenariobetrachtungen und Parametrisierungen im Zuge von Validierungen berücksichtigt.

Die ESG-Einflüsse sind Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken), deren Eintreten tatsächlich oder potenziell negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Reputation der Bank haben kann. Die turnusmäßige Risikoinventur dient als Bestandsaufnahme der aktuellen Handlungsfelder der Bank. Auf dieser Grundlage werden Nachhaltigkeitsrisiken im Zusammenhang mit den wesentlichen Risikoarten und im Limitsystem berücksichtigt. Potenzielle Einflüsse werden im Rahmen der Risikosteuerung, u. a. im operationellen Risiko oder in Szenariobetrachtungen, berücksichtigt.

Politische Einflüsse sind mögliche nachteilige Ereignisse für unsere Bank, die durch politische Kräfte, wie Behörden oder die Regierung, entstehen können, sowie Ereignisse wie soziale Konflikte oder politische Gewalt. Dazu zählen neben staatlichen Eingriffen auch die EZB-Politik und veränderte Auslegungen bisheriger Regelungen oder Gesetze.

Risikokonzentrationen entstehen aus einer Häufung von Risikopositionen, die bei Eintreten von bestimmten Ereignissen oder Entwicklungen gleich oder ähnlich reagieren. Konkret ist darunter ein Klumpenrisiko zu verstehen, das sich aus einer ungünstigen Verteilung von bspw. Kundinnen und Kunden, Volumina oder Sicherheiten in unterschiedlichen Dimensionen, z.B. Produkten oder Regionen, ergibt und sich negativ auf Erträge oder Risiken auswirkt bzw. negative Impulse verstärkt. Mit einer generell festgestellten Konzentration ist keine Wertung verbunden. Das bedeutet, dass Konzentrationen nicht per se negativ zu beurteilen sind. Vielmehr dient ihre Identifikation der Steuerung der wesentlichen Risiken der Bank.

## 7.11 Kapitalplanung

Unsere Bank plant die Ausgestaltung der Kapitalsubstanz vor dem Hintergrund aufsichtlicher und gesetzlicher Anforderungen sowie mit Blick auf die unmittelbaren betriebswirtschaftlichen Erfordernisse als integrativen Bestandteil der Gesamtbankplanung (normative Perspektive). Dabei steht die Stärkung der Kapital- und Mitgliederbasis im Fokus. Strenge Nebenbedingungen der Planung sind die Einhaltung aufsichtlicher (inkl. institutsspezifischer) Kapitalanforderungen sowie eine jederzeit gegebene Risikotragfähigkeit. Die Kapital- und Risikoplanung ist im Strategie- und Planungsprozess der Bank verankert und wird turnusmäßig jährlich sowie bei gegebenem Anlass durchlaufen.

## 7.12 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2025 gegeben. Das Verhältnis des Gesamtrisikos zum Risikodeckungspotenzial beträgt in der ökonomischen Perspektive zum Bilanzstichtag rund 46%. Die Gesamtkapitalquote der Säule I beträgt 21,4%, bei einer Kapitalanforderung von 16,9% (aufsichtliche Anforderung 15,2% zuzüglich 1,7% Managementpuffer). Somit ist die Kapital- und Risikolage als stabil zu bezeichnen.

Während des gesamten Geschäftsjahres 2025 wurden keine aufsichtsrechtlichen Kennzahlen bzw. Grenzen verletzt. Auch das Geschäftsjahr 2025 war durch geopolitische Konflikte geprägt. Eine sich im Jahresverlauf verändernde Zinsstruktur mit fallenden kurzfristigen und steigenden mittel- bis langfristigen Zinsen erforderte eine aktive Konditionierungspolitik sowohl für Produkte auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite. Der Bank gelang es, trotz marktweit umkämpfter Kundeneinlagen, die Passiva zu steigern und rentabel zu wirtschaften.

Im beschriebenen Umfeld beobachtete die Bank Kündigungen von Mitgliedern in Verbindung mit abschmelzendem Genossenschaftsguthaben. Dieser Rückgang wird durch den weiteren Aufbau von Kapitalreserven kompensiert, sodass sich im Ergebnis die Kapitalreserven der Bank auf einem historischen Höchststand befinden.

Vorhandene Wertminderungen bei den Wertpapieren im Anlagebestand werden von unserer Bank als vorübergehend angesehen. Die auf Wertminderung überprüften Positionen zeichnen sich durch ein sehr gutes Rating und eine Besicherung durch einen Deckungsstock aus.

Nach derzeitigem Planungsstand wird die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2026 angesichts der laufenden Ertragskraft und Kapitalsubstanz der Bank gegeben sein.

## 8 Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die voraussichtliche Entwicklung der Bank im Geschäftsjahr 2026 wird weiterhin maßgeblich durch die Zins- und Geldpolitik sowie durch die sich verändernden gesamtwirtschaftlichen, wettbewerblichen und regulatorischen Rahmenbedingungen geprägt. Nach der Phase eines erhöhten Zinsniveaus hat die Bank ihre Steuerungslogik konsequent auf eine ausgewogene Balance zwischen Kundenverzinsung, Margenstabilität und der Vermeidung zinselastischer Volumenschwankungen ausgerichtet. Diese Ausrichtung soll auch im Jahr 2026 handlungsleitend bleiben, um Zinsspielräume risikoadäquat zu nutzen und zugleich die Ertragssubstanz zu sichern.

Ergänzend zum Kundengeschäft ermöglicht uns das aktuelle Zinsniveau weiterhin, zusätzliche Erträge über das Eigengeschäft zu generieren.

Unterstützt wird diese Ausrichtung durch die fortschreitende Weiterentwicklung der Aufbau- und Steuerungsorganisation. Ziel ist es, strategische Prioritäten klarer zu operationalisieren, Transparenz über Wirkung und Fortschritt zu erhöhen und die Anpassungsfähigkeit der Bank unter veränderten Marktbedingungen zu stärken. Wesentliche Transformationsvorhaben sind dabei systematisch in die bestehende Steuerungs- und Risikologik eingebunden. Für das Geschäftsjahr 2026 wird erwartet, dass diese Weiterentwicklung Entscheidungsqualität, Umsetzungsfähigkeit und Reaktionsgeschwindigkeit der Bank stärkt.

Im Kundenkreditgeschäft wird nach dem herausfordernden Vorjahresumfeld eine vorsichtige Stabilisierung der Nachfrage erwartet. Insbesondere in der Wohnimmobilienfinanzierung können sich bei veränderten Zinsbedingungen und gefestigten Rahmenfaktoren schrittweise Impulse ergeben. Die Kreditvergabe bleibt dabei weiterhin an werthaltigen Sicherheiten und solide Bonitäten gebunden. Die Bank setzt damit ihre risikoorientierte Geschäftspolitik fort und begleitet die Marktentwicklung durch eine bedarfsorientierte, qualifizierte Beratung.

Das Provisionsergebnis soll auch 2026 einen Beitrag zur Ertragsstruktur leisten. Die Entwicklung wird insbesondere durch unsere Beratung, systematische Bestandsarbeit sowie eine verbesserte digitale Abschlussfähigkeit unterstützt. Die Preissteuerung von Bankdienstleistungen erfolgt weiterhin aufwands- und nutzenorientiert unter Berücksichtigung regulatorischer Anforderungen und organisatorischer Umsetzungsaufwände.

Das Kundenverhalten entwickelt sich weiter in Richtung digitaler und ortsunabhängiger Nutzung. Ziel ist es, digitale

Leistungen ohne Medien- und Prozessbrüche bereitzustellen und zugleich die persönliche Beratung zu stärken. Die Weiterentwicklung der IT- und Datenarchitektur dient dabei insbesondere der Effizienzsteigerung, der Reduktion struktureller Komplexität sowie der Stärkung der operativen Stabilität. Die regulatorischen Anforderungen an digitale Resilienz und eine konsolidierte IKT-Governance bilden hierfür den verbindlichen Rahmen.

Unverändert hoch bleibt die Bedeutung persönlicher Beratung. Die Standorte der Bank werden daher weiterhin als Orte der Beratung und als Knotenpunkte regionaler Vernetzung verstanden. Die Standortstrategie orientiert sich an den jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen und zielt auf Sichtbarkeit, Erreichbarkeit und Beratungsqualität ab. Im Zuge des anhaltenden Wandels im Selbstbedienungsverhalten wird die Anpassung der Standort- und Serviceangebote schrittweise umgesetzt. Der geplante Abbau von Selbstbedienungsgeräten im zweiten Halbjahr 2026 wird durch geeignete Alternativen sowie begleitende Maßnahmen unterstützt. Temporäre Belastungen in operativen Abläufen oder der Kundenzufriedenheit können in Transformationsphasen nicht vollständig ausgeschlossen werden, werden jedoch durch abgestufte Maßnahmen, klare Verantwortlichkeiten und kontinuierliches Monitoring begrenzt.

Netzwerke stellen auch künftig einen zentralen Hebel für die Relevanz der Bank dar. Entsprechend wird weiter in strategische Partnerschaften und kooperative Modelle investiert, die zur Stärkung von Vertrauen und Bekanntheit im Geschäftsgebiet beitragen. Die Tochtergesellschaft Ostwerk GmbH setzt diese Ausrichtung als wirkungsorientierter Investor fort und stärkt regionale Netzwerke im Rahmen klar definierter Governance- und Portfolioprinzipien. Ziel ist es, die Positionierung der Bank im regionalen Umfeld zu unterstützen, ohne zusätzliche Risiken für die Bank zu begründen.

Dem intensiven Wettbewerb weitgehend austauschbarer Bankdienstleistungen begegnet die Bank durch eine klare Differenzierung. Menschenzentrierte Beratung, regionale Vernetzung sowie eine standort- und kulturraumspezifische Präsenz bilden die Grundlage des Geschäftsmodells. Auf dieser Basis soll die Positionierung der Bank weiterentwickelt werden, um Bestände zu stabilisieren, Kundenbindung zu stärken und Nachfrage nach Bankdienstleistungen zu sichern. Hiermit wird auch den Folgen des demografischen Wandels entgegengewirkt.

Der Arbeitsmarkt bleibt trotz konjunktureller Schwankungen angespannt und strukturell geprägt. Die Personalstrategie 2026 adressiert dies durch einen Fokus auf Qualifikation, digitale Kompetenzen und durchlässige Entwicklungswege einschließlich von Fachkarrieren. Ziel ist es, die erforderlichen Fähigkeiten für den laufenden Betrieb und die Transformation sicherzustellen und die Bindung von Mitarbeitenden zu unterstützen.

Die Verantwortung in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance bleibt integraler Bestandteil der Gesamtstrategie. Für 2026 steht insbesondere der weitere Aufbau einer belastbaren Datenbasis im Vordergrund, um perspektivisch fundierte Steuerungs- und Entscheidungsgrundlagen zu ermöglichen. Gesellschaftliches Engagement im Geschäftsgebiet wird fortgeführt und eng mit der Standort- und Betriebssteuerung verzahnt.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Rahmenbedingungen sowie der geplanten Maßnahmen in Kunden- und Eigengeschäft und in den Ressourcensektoren Standorte, Personal und IKT wird für 2026 insgesamt eine nachhaltige Geschäftsentwicklung auf Basis einer diversifizierten Ertragsstruktur erwartet. Die Kontinuität im Zinsergebnis soll durch eine disziplinierte Fristentransformation und eine klare Portfoliosteuerung unterstützt werden. Das Provisionsergebnis soll von Beratung, Bestandsarbeit und digitaler Abschlussfähigkeit profitieren. Gleichzeitig sollen Kostendisziplin und Investitionsbedarf in einem ausgewogenen Verhältnis gehalten werden, um die langfristige Handlungsfähigkeit der Bank zu sichern.

Die Bank rechnet insgesamt mit einer stabilen Entwicklung von Ergebnis- und Bestandsgrößen, insbesondere mit einer moderaten positiven Entwicklung im Kundschafts-, Mitglieder- und Girokontobestand sowie einer insgesamt soliden Ergebnissituation. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Einschätzungen auf dem Basisszenario beruhen. Im Fall von abweichenden Markt-, Zins- oder Verhaltensentwicklungen, wie in den planungsrelevanten Szenarioanalysen vorgesehen, können Anpassungen erforderlich werden, die voraussichtlich innerhalb der vorhandenen Steuerungsspielräume in den Kapital- und Risikopositionen bewältigt werden können. Diese abweichenden Entwicklungen können auch durch einen rückläufigen Trend an den Kapitalmärkten verursacht werden, z. B. aufgrund anhaltender oder sich verstärkender geopolitischer Risiken, wie dem gerade ausgebrochenen Krieg im Nahen Osten.

Gemäß dieser Annahmen erwartet unsere Bank ein moderat steigendes Zinsergebnis sowie ein leicht unter dem Niveau der Vorjahre liegendes Provisionsergebnis.

Die vorstehenden Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung beruhen auf Annahmen zur Entwicklung von Marktpotenzialen, Rahmenbedingungen, Absatzvolumina und Margen.

Aufgrund exogener Unsicherheiten, insbesondere hinsichtlich Zins- und Inflationsentwicklung, regulatorischer Anpassungen, geopolitischer Einflüsse sowie Veränderungen im Kundenverhalten, kann die tatsächliche Geschäftsentwicklung von diesen Erwartungen abweichen. Die Bank begegnet diesen Unsicherheiten durch eine vorausschauende Steuerung, laufendes Monitoring und geeignete Gegenmaßnahmen.

Berlin, 21. April 2026

Der Vorstand

# Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2025 hat der Aufsichtsrat insgesamt 9 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung der Bank, die Zielerreichung sowie die Vertriebsergebnisse, Satzungsfragen, Kreditgeschäft, Planung und Investitionen sowie Risikoberichte und -strategie. Des Weiteren waren die zukünftigen Herausforderungen und die damit notwendigen Veränderungen Bestandteil der Beratungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Investitionsausschuss und einen Risiko- und Kreditausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrats regelmäßig über ihre Tätigkeit. Der Risiko- und Kreditausschuss hat in allen vorgeschriebenen Fällen bei der Kreditvergabe mitgewirkt.

Der Prüfungsbericht des Verbands über die gesetzliche Prüfung wird ordnungsgemäß beraten, bestätigt und unterzeichnet.

Der vorliegende Jahresabschluss 2025 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet und beraten.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses sowie die nichtfinanzielle Berichterstattung in Anlehnung an die ESRS (Nachhaltigkeitserklärung) hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2025 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen außerordentlichen Dank aus.

Berlin, 21. Mai 2026

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Torsten Westphal

# Jahresbilanz zum 31.12.2025

Aktivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand			55.782.338,98		66.901
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			6.009,69		41
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	6.009,69				(41)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	55.788.348,67	-
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-		-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>					
a) täglich fällig			783.930.706,41		926.351
b) andere Forderungen			334.403.346,30	1.118.334.052,71	237.096
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				1.775.111.680,98	1.932.537
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.316.771.856,82				(1.369.382)
Kommunalkredite	-				(-)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		377.351.504,92			159.541
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	377.351.504,92				(159.541)
bb) von anderen Emittenten		3.087.125.754,93	3.464.477.259,85		2.794.461
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.827.335.812,01				(2.549.597)
c) Eigene Schuldverschreibungen			-	3.464.477.259,85	-
Nennbetrag			-		(-)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>				1.240.215.459,98	1.236.187
<b>7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften</b>					
a) Beteiligungen			11.435.642,25		11.436
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
an Wertpapierinstituten			-		(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8.050,00	11.443.692,25	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften			-		(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
bei Wertpapierinstituten			-		(-)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				6.804.087,71	7.001
darunter: an Kreditinstituten			-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			-		(-)
an Wertpapierinstituten			-		(-)
<b>9. Treuhandvermögen</b>				-	-
darunter: Treuhandkredite			-		(-)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>				-	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			91.320,64		76
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	91.320,64	-
<b>12. Sachanlagen</b>				11.767.914,08	9.870
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				33.825.203,35	36.768
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				1.373.596,13	676
<b>15. Aktive latente Steuern</b>				-	-
<b>16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung</b>				22.613,00	27
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>7.719.255.229,35</b>	<b>7.418.977</b>

Passivseite	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			333.398,74		396
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			77.260.458,39	77.593.857,13	105.134
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	847.613.911,53				942.982
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	-	847.613.911,53			-
b) Andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.736.743.265,27				5.273.764
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	432.927.174,31	6.169.670.439,58		7.017.284.351,11	461.528
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) Begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten			-		-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>					
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				83.529.188,39	73.792
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				718.355,10	736
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			7.700.257,00		8.032
b) Steuerrückstellungen			12.905.130,78		32.927
c) Andere Rückstellungen			19.082.261,42	39.687.649,20	19.888
<b>8. (weggefallen)</b>					
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				35.312.181,07	35.312
<b>10. Genusssrechtskapital</b>					
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				112.000.000,00	101.000
darunter: Sonderposten nach § 340 e Abs. 4 HGB	-				(-)
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) Gezeichnetes Kapital			234.209.044,79		244.872
b) Kapitalrücklage			16.762.384,77		16.762
c) Ergebnisrücklagen					
ca) Gesetzliche Rücklage	37.109.878,56				36.634
cb) Andere Ergebnisrücklagen	60.498.221,57	97.608.100,13			60.457
d) Bilanzgewinn			4.550.117,66	353.129.647,35	4.761
<b>Summe der Passiva</b>				<b>7.719.255.229,35</b>	<b>7.418.977</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.591.361,97		1.392
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.591.361,97	-
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			79.986.663,15	79.986.663,15	96.404
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2025	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		78.370.408,38			108.750
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		68.638.417,79	147.008.826,17		54.881
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			-27.334.580,58	119.674.245,59	-36.252
darunter: erhaltene negative Zinsen	597,04				(1)
<b>3. Laufende Erträge aus</b>					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			4.028.827,69		-
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			347.657,05		364
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	4.376.484,74	-
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				-	-
<b>5. Provisionserträge</b>			51.854.229,57		52.313
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>			-5.825.231,27	46.028.998,30	-5.582
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>				-	-
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>				6.123.162,82	8.801
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		12.460,11			(7)
<b>9. ....</b>				-	-
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-49.190.133,98			-47.966
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-9.956.089,10	-59.146.223,08		-9.953
darunter: für Altersversorgung	-747.840,99				(-1.151)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			-62.738.802,79	-121.885.025,87	-56.899
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				-2.971.656,46	-2.827
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				-2.726.068,09	-2.231
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-272.498,36			(-268)
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			-9.565.415,18		-16.175
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			-	-9.565.415,18	-
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			-3.341.489,37		-2.769
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			-	-3.341.489,37	-
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>				-	-
<b>18. ....</b>				-	-
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>				35.713.236,48	44.455
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>				-	-
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>				-	-
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>				-	(-)
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			-20.163.118,82		-23.694
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>			-	-20.163.118,82	-
<b>24 a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			-	-11.000.000,00	-16.000
<b>25. Jahresüberschuss</b>				4.550.117,66	4.761
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>				-	-
				4.550.117,66	4.761
<b>27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen</b>					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				4.550.117,66	4.761
<b>28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen</b>					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
<b>29. Bilanzgewinn</b>				4.550.117,66	4.761

# Anhang

---

## A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin, ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der Genossenschaftsregisternummer 446 B eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

---

## B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

### **Barreserve**

Die Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

### **Forderungen an Kreditinstitute und Kunden**

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken wurden durch die Bildung von Einzel- sowie Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Grundlage des IDW RS BFA 7 mittels des Expected-Loss-Ansatzes.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken sind zudem Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

**Wertpapiere**

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten und bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Anschaffungskosten über pari wurden durch anteilige Abschreibungen an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

**Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen**

Beteiligungen, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen wurden unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips zu den Anschaffungskosten bilanziert und bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

**Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt.

**Sonstige Vermögensgegenstände**

Die Sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt.

**Latente Steuern**

Als Differenz zwischen steuer- und handelsrechtlicher Gewinnermittlung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Aktive Steuerlatenzen bestehen in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Sonstige Vermögensgegenstände, andere Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken. Passive Steuerlatenzen ergeben sich im Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung, in den Sonstigen Verbindlichkeiten und der Rückstellungsposition Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der Berechnung der Steuerlatenzen wurden in Abhängigkeit vom Zeitpunkt, in dem sich die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertansätzen voraussichtlich abbauen, kombinierte Ertragssteuersätze von 30,5 % bis 25,2 % zugrunde gelegt. Hierbei wurde die stufenweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes aufgrund des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland berücksichtigt.

**Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung**

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 22.613 EUR aktiviert.

**Verbindlichkeiten**

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

**Rückstellungen**

Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Hierbei wurde der modifizierte Teilwert der Verpflichtungen ermittelt. Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden in Höhe des Barwertes angesetzt.

Zukünftige Rentenanpassungen wurden allgemein in Höhe von 2 % bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1 % in die Bewertungen einbezogen. Für Rückstellungen aus Altersteilzeit wurden als Lohn- und Gehaltstrend allgemein 2 % angenommen und abweichend wurde für das Folgejahr ein Trendansatz von 3,5 % berücksichtigt.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Anwendung der Vereinfachungsregel mit einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren und dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes zum Dezember 2025 (2,06 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein negativer Unterschiedsbetrag von 113.124 EUR. Entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

Erfolgswirkungen aus Änderungen des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden grundsätzlich im Personalaufwand erfasst. Abweichend hiervon wurde ein positiver Effekt in Höhe von 43.930 EUR im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Bewertung und Berücksichtigung von Rückdeckungsversicherungen erfolgte unter Beachtung des IDW-Rechnungslegungshinweises FAB 1.021 sowie unter Anwen-

derung des DAV-/IVS-Ergebnisberichts des Fachausschusses Altersversorgung vom 26.04.2022. Es wurde eine kongruente Bewertung nach Maßgabe des Deckungskapitalverfahrens durchgeführt. Im Rahmen des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen mit dem korrespondierenden Buchwert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Für arbeitgeberfinanzierte Zusagen betragen die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände 14.768.392 EUR. Dies entspricht dem beizulegenden Zeitwert, der unter Zugrundelegung der Aktivwerte nach R 6 a Abs. 23 EStR durch die Versicherungsgesellschaft ermittelt wurde. Die Vermögensgegenstände wurden in Höhe von 14.745.779 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionen und vergleichbaren Verpflichtungen verrechnet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen 7.700.257 EUR und entfielen ausschließlich auf bereits ausgeschiedene Vorstände und Angestellte.

Aufwendungen aus den Aufzinsungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 103.450 EUR verrechnet.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung sowie Zuschlägen und sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen wurde durch die Bildung von Rückstellungen in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Darüber hinaus wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

#### **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Zur Berechnung eines etwaigen Rückstellungsbedarfs werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und die barwertigen Risiko- und Verwaltungskosten vom positiven Überschuss abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Für die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs wird im IDW RS BFA 3 n. F. auf die Maßgeblichkeit der internen Risikosteuerung verwiesen. Die barwertige Ermittlung der Risiko- und Verwaltungskosten erfolgt in Anlehnung an die Methodik zur Bestimmung der ökonomischen Risikotragfähigkeit. Nach dem Ergebnis

dieser Berechnung war zum 31.12.2025 keine Rückstellung zu bilden.

#### **Vermerke unter dem Bilanzstrich**

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme endet.

Im Wesentlichen gewähren wir unseren Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, um ihren Finanzierungsbedürfnissen zu entsprechen. Daneben werden unwiderrufliche Kreditzusagen für die Zeichnung von Anteilen im Bereich unseres Fondsvermögens gewährt. Für die gemäß IDW RS BFA 7 ermittelten Risikovorsorgebeträge für Eventualverbindlichkeiten sowie für unwiderrufliche Kreditzusagen wurden Pauschalrückstellungen passiviert und von den Unterstrichpositionen abgesetzt.

#### **Derivative Finanzinstrumente**

Derivative Finanzinstrumente dienen der Absicherung bilanzieller Posten. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

#### **Zinserträge/Zinsaufwendungen**

Bei Zinsswaps erfolgt eine Verrechnung der Zahlungsströme je Swapvertrag. Der sich daraus ergebende Saldo wird entsprechend seiner Vorzeichen als Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen.

## C. Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	Abgänge	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	484.082	77.753	-	49.635	512.200	91.321	76.575
Sachanlagen							
Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.778.803	6.033.716	-	3.689.169	43.123.350	11.767.914	9.870.492
Summe a	41.262.885	6.111.469	-	3.738.804	43.635.550	11.859.235	9.947.067

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	407.507	-	49.628	-	63.000	-	420.879
Sachanlagen							
Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.908.311	-	2.461.531	-	2.908.656	-	31.355.436
Summe a	31.315.818	-	2.511.159	-	2.971.656	-	31.776.315

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.206.129.964	459.565.359	4.665.695.323
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	11.443.692	-	11.443.692
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.001.284	-197.196	6.804.088
Summe b	4.224.574.940	459.368.163	4.683.943.103
Summe a und b	4.265.837.825		4.695.802.338

## D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

### I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 1.117.595.233 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	≤ 3 Monate	> 3 Monate – 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3 b)	83.403.346	246.000.000	5.000.000	–
Forderungen an Kunden (A 4)	59.668.224	76.188.818	399.475.020	1.232.292.238

In den Forderungen an Kunden sind 7.487.381 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 618.399.594 EUR fällig.

Der Bestand teilt sich wie folgt auf:

	Börsenfähig	Börsennotiert	Nicht börsennotiert	Nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	3.464.477.260	3.451.374.909	13.102.351	1.911.252.425

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.895.562.135 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 1.820.007.421 EUR.

Zum Bilanzstichtag werden Anteile an Sondervermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A 6) gehalten:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	1.005.719.759	1.106.568.450	100.848.691	4.028.828	Ja
Renditeerwartung	234.495.701	251.762.672	17.266.971	–	Nein

Die Sparda-Bank Berlin eG besitzt Anteile an anderen Unternehmen.

Beteiligungen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
a) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,2808	2025	3.212.092.325	2025	122.288.259	
b) Atruvia AG, Karlsruhe	0,0002	2024	505.009.333	2024	46.296.794	

Verbundenes Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR	
Ostwerk GmbH, Berlin	100	2025	6.804.088	2025	-141.187	

Zum Bilanzstichtag wurde der beizulegende Wert der im vorangegangenen Jahr gegründeten Tochtergesellschaft Ostwerk GmbH unter Berücksichtigung der mittelfristigen Planung ermittelt. Es handelt sich um ein risikobehaftetes Geschäftsmodell mit Investitionen in Unternehmen in unserem Geschäftsgebiet. Kurzfristig sind daher keine laufenden Erträge zu erwarten. Dementsprechend liegt der beizulegende Wert nachhaltig unter den Anschaffungskosten, sodass eine außerplanmäßige Abschreibung der Beteiligung auf das fortgeschriebene Eigenkapital vorgenommen wurde. Die Abschreibung spiegelt eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung aufgrund der begrenzten Ertragsersparung wider und stellt keine Aussage über die Fortführungsfähigkeit oder die strategische Bedeutung der Tochtergesellschaft für unsere Bank dar, die wir unverändert und uneingeschränkt positiv bewerten.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB) verzichtet.

Die im Anlagenspiegel ausgewiesenen Sachanlagen mit einem Buchwert von 11.767.914 EUR betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Wesentliche Einzelbeträge im Bilanzposten Sonstige Vermögensgegenstände betreffen:

	EUR
Forderungen im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin)	16.095.836
Forderungen aus Provisionen	9.428.209

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 77.586.049 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Durch die Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einem Gesamtbetrag von 72.536.876 EUR besichert.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	≤ 3 Monate	> 3 Monate – 1 Jahr	> 1 Jahr – 5 Jahre	> 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1 b)	6.892.779	2.892.049	15.033.312	52.442.318
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb)	50.072.642	188.460.937	194.381.595	12.000

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten im Rahmen des Derivate-Clearings (Margin) mit insgesamt 71.937.979 EUR wesentlich.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Abgrenzungen für Zinsswaps in Höhe von 669.472 EUR enthalten.

Im Zusammenhang mit nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 833.170 EUR angefallen.

Mittelaufnahmen, die 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu nachstehenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
4.000.000	EUR	2,355	27.07.2026
5.000.000	EUR	2,345	28.07.2026
5.000.000	EUR	2,334	03.08.2026
5.000.000	EUR	2,500	01.08.2028
6.000.000	EUR	2,517	14.10.2026
10.000.000	EUR	2,290	10.08.2026

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt: Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens zehn Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	221.892.811
b) der ausscheidenden Mitglieder	10.234.830
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	2.081.404
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	57.351

Die Ergebnisrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen	Kapital- rücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2025	36.633.755	60.457.324	16.762.385
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	476.124	40.897	–
Stand 31.12.2025	37.109.879	60.498.221	16.762.385

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,75 %	4.045.876,65
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	455.011,77
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	49.229,24
Insgesamt	4.550.117,66

Zum Bilanzstichtag bestanden ausschließlich Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) als Zinsswaps.

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands zusammengefasst (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als risikogewichtete KSA-Position entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Zinsbezogene Geschäfte (Angaben in Mio. EUR)	Nominalbetrag/Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	≤ 1 Jahr	> 1- 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
OTC-Produkte						
Zinsswaps (gleiche Währung)	685,5	484,3	660,1	1.829,9	80,9	-9,8

Diese zinsbezogenen Geschäfte werden überwiegend zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt. Von dem Gesamtnominalbetrag der Zinsswaps befinden sich 1.706 Mio. EUR im zentralen Clearing bei der Eurex Clearing AG. Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet.

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden für die Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen, Privatkrediten und Fondsanlagen erbracht.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

## E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 249.000 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen auf 768.696 EUR.

Ferner wurde von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht, auf die Angabe gemäß § 285 Nr. 9 a HGB zu verzichten.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2025 Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.585.211 EUR. Dabei wurden Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 7.547.988 EUR verrechnet.

Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen sowie die Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für:

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	14.974
Mitglieder des Aufsichtsrats	263.320

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 11.136.085 EUR.

Darüber hinaus besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Die Zahl der im Jahr 2025 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeitende	614	173

Außerdem wurden durchschnittlich 52 Auszubildende beschäftigt.

## Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr:

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang	408.993	4.378.243
Zugang	9.850	126.880
Abgang	11.083	236.874
Ende	407.760	4.268.249
<b>EUR</b>		
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um		5.714.839
Höhe des Geschäftsanteils		52

Zuständiger Prüfungsverband:  
 Verband der Sparda-Banken e. V.  
 Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
 60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitenden werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name	Gremium	Kapitalgesellschaft
Frank Kohler	Aufsichtsrat	DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Frank Kohler	Aufsichtsrat	Hertha BSC GmbH & Co. KGaA

## Mitglieder des Vorstandes:

Frank Kohler	Vorsitzender des Vorstandes
Rolf Huxoll	Mitglied des Vorstandes

## Mitglieder des Aufsichtsrats:

Torsten Westphal (Vorsitzender)	Beauftragter für Strukturstärkung Kohleregionen bei der DB AG
Sven Baunack (stellv. Vorsitzender)	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Mirko Albrecht	Vorsitzender des Betriebsrates der Sparda-Bank Berlin eG
Uwe Henschel	Rentner
Holger Herzog	Betriebsrat der DB InfraGO AG
Beate Hukauf	Angestellte der Sparda-Bank Berlin eG
Guido Menschner	Angestellter der Sparda-Bank Berlin eG
Ramona Möbius	Referentin Lifecyclemanagement Fachliche Auftragssteuerung- und Auswertung und Verfahrensbetriebsführung bei der DB InfraGO AG
Janina Pfeiffer	OPEX-Fachreferentin bei der DB InfraGO AG
Mario Reiß	Geschäftsführender Vorstand und Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
Roland Rösner	Abteilungsleiter Finanzen der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Dietmar Scheel	Vorstand der DEVK

Berlin, 21. April 2026

Sparda-Bank Berlin eG

Der Vorstand



Frank Kohler



Rolf Huxoll

# Anlage zum Jahresabschluss

**gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2025  
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparda-Bank Berlin eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2025 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Berlin eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Geschäftskunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Berlin eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2025 176.203 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 705.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 35.713 TEUR.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 20.163 TEUR entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Die Sparda-Bank Berlin eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

# Bestätigungsvermerk

## Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Berlin eG, Berlin

### Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

#### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Berlin eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289 b bis 289 e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht

erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1 a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

#### Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 1.775 Mio. EUR. Dies entspricht 23,0% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

#### Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 4.705 Mio. EUR. Dies entspricht 60,9% der Bilanzsumme. Diese wurden vollständig wie Anlagevermögen bewertet. Durch die Bewertung wie Anlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich nicht dauernden Wert-

minderungen in Höhe von 75,6 Mio. EUR vermieden. Bei der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter im Hinblick auf die Abschreibungen bei Vorliegen von nicht dauerhaften Wertminderungen zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Bestände von Wertpapieren analysiert, deren Bewertungen mit erhöhter Ermessensentscheidung behaftet sind. Anhand ausgewählter Einzelfälle haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Ermessensentscheidungen und genutzten Bewertungswahlrechte risikoorientiert im Hinblick auf erhöhte Bewertungsunsicherheiten nachvollzogen. Bei Verzicht auf Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei Wertpapieren des Anlagevermögens haben wir beurteilt, ob die Wertminderung lediglich von vorübergehender Natur ist. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die von der Genossenschaft dabei herangezogenen Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externer Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

### Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289 b bis 289 e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

### Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen

Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340 k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss

und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen

Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

**Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen**

**Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

**Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer**

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 21. Mai 2026

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer



Herausgeber:  
Sparda-Bank Berlin eG  
10884 Berlin

[www.sparda-berlin.de](http://www.sparda-berlin.de)